

Wahlprüfsteine 2020 zur Landratswahl

Wir haben den 6 Kandidaten aktuelle Fragen zu Natur- und Umweltschutz gestellt. Im folgenden die Antworten der Kandidaten – Johann Kalb (CSU), Andreas Schwarz (SPD), Bernd Fricke (Grüne), Bruno Kellner (Freie Wähler-ÜWG), Tobias Sieling (ÖDP) und Marco Strube (FDP).

An die vollständigen Antworten schließt sich eine Zusammenfassung der Antworten an und teils auch eine Bewertung.

1. Nationalpark Steigerwald

Als in den Wahlprüfsteinen 2014 nach der Unterstützung eines Nationalparks gefragt wurde, war der Tenor, dass man nicht gegen den Willen der Bevölkerung agieren möchte. Offensichtlich ist die Bevölkerung gespalten. Jede Seite nimmt für sich in Anspruch, die Mehrheit zu vertreten.

Unsere Fragen:

Befürworten Sie persönlich einen Nationalpark Steigerwald?

Werden Sie sich für einen Nationalpark einsetzen, auch bei der Willensbildung in der Bevölkerung?

Falls ein Nationalpark nicht umgesetzt wird, unterstützen Sie die Forderung eines 1000 ha großen Schutzgebietes "Hoher Buchener Wald"?

Vollständige Antworten:

Kalb: Ich habe zu Beginn meiner Amtszeit für den Steigerwald das Welterbe als Ziel formuliert. Ich freue mich und bin diesbezüglich dankbar dafür, dass hier eine große Übereinstimmung bei allen beteiligten Landkreisen, Organisationen und Interessenverbänden erreicht werden konnte:

Der Steigerwald soll Welterbe werden. Das ist das größte erreichbare Ziel. Dieses Vorhaben verfolgen wir konsequent. Wir haben uns dabei auf die Fahnen geschrieben: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Mit der Bewerbung für ein Europäisches Kulturerbesiegel gehen wir den ersten großen Schritt. In dem geplanten Welterbe spielt die Natur selbstverständlich eine entscheidende Rolle. Welterbe ohne Naturschutz ist undenkbar.

Schwarz: Ein Nationalpark oder ein Weltnaturerbe Steigerwald eingebettet zwischen den Weltkulturerbestätten Bamberg und Würzburg hat großes Potential und Chancen für Ökologie, die Menschen und den Tourismus in der Region. Leider diskutierte man bisher überwiegend auf emotionaler Ebene über das Thema. Ich spreche mich aus für eine Machbarkeitsstudie, in der alle Argumente, Chancen und Risiken formuliert und untersucht werden.

Ein Schutzgebiet "Hoher Buchener Wald" macht besonders im Hinblick auf einen Nationalpark oder ein Weltnaturerbe Sinn. Als Landrat will ich den Menschen mögliche Chancen vermitteln, wie wir Wertschöpfung in der Region halten, fördern, zum Beispiel durch Tourismus. Die Regionalwerke können neben der Organisation von Bürgerenergiemodellen auch eine wichtige Rolle beim Umbau der Nutzwälder darstellen. Hier wird viel Holz auf den Markt kommen, das vernünftig verarbeitet werden muss.

Fricke: Seit dem Altlandrat Dr. Denzler und Herr Sperber, der ehemalige Förster im Steigerwald, die Nationalparkidee vorgestellt haben, unterstütze die Grünen und ich aktiv dieses Ziel! Aufgabe der Politik ist es, ein überzeugendes Konzept für einen Nationalpark oder ein Weltnaturerbe Steigerwald mit einem grossen Schutzgebiet zusammen mit der Bevölkerung zu erarbeiten. Das wäre ein grosser Gewinn für die Natur und die strukturschwache Region Steigerwald. Das Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald“ ist für den Erhalt der Artenvielfalt ein Muß! Und zusätzlich ein aktiver Klimaschutz.

Kellner: Die Bevölkerung sollte sich mehrheitlich, demokratisch vor Ort einigen – hilfsweise sollten entsprechende Beschlüsse der Kreistage der betroffenen Landkreise vorliegen – dann kann Umweltministerium Nationalpark auf den Weg bringen: Waldschutz von nicht geschädigten Bäumen ist aufgrund der aktuellen Situation in den Wäldern zu begrüßen.

Sieling: Ja, ich befürworte einen Nationalpark Steigerwald. Damit könnte man ein umfassendes Schutzkonzept einrichten. Es würden so auch die Mittel bereitgestellt, um Bevölkerung und Besucher zu informieren und die weitere natürliche Entwicklung des Gebietes zu untersuchen. Die Anwohner hätten auch die Möglichkeit, auf die Gestaltung einer Nationalparkordnung Einfluss zu nehmen. Über die Chancen eines Nationalparks gilt es in Zukunft weiter aufzuklären.

Hier leistet der Nationalparkverein gute Arbeit. Angesichts des Zustandes des Waldes in Bayern würde der Freistaat übrigens auch einen vierten Nationalpark vertragen.

Auf dem Weg zum Nationalpark sind auch Zwischenschritte, wie ein Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald“ sinnvoll. Wir wollen ja keinen Nationalpark wegen des Titels, sondern um die naturnahen Wälder zu schützen! Das Schutzgebiet bestand ja bereits und wurde nicht aus fachlichen, sondern aus politischen Gründen wieder einkassiert. Mein Vorschlag ist: Der Landkreis pflanzt nicht nur für jedes Baby einen Baum, sondern stellt für jeden lebenden Bürger einen alten Baum unter Schutz, vorzugsweise im Steigerwald! 148.000 geschützte Bäume würden lediglich der Einwohnerzahl entsprechen, das ist angesichts des Klimawandels kein naturschutzmäßiger Luxus, sondern ein Anfang.

Strube: Ja ich befürworte einen Nationalpark Steigerwald. Ich war selbst schon im Steigerwald und durfte unter anderem Vertretern Ihrer Organisation zuhören. Ich halte den Nationalpark Steigerwald für ein langfristig wünschenswertes Ziel. Als erstes sollte man jedoch daran arbeiten, dass der Steigerwald Weltnaturerbe wird. Ich bin Mitglied im Verein Nationalpark Steigerwald und werde im Wahlkampf für ein Weltnaturerbe (als 1. Schritt) werben und im Falle einer Wahl intensiv für einen Nationalpark Steigerwald einsetzen. Buchenwälder sind die ursprünglichen Wälder in Deutschland. Nur noch ca. 15% der Wälder sind mit Buchen bewachsen. Da diese deutlich widerstandsfähiger bei der aktuellen Klimaerwärmung als Nadelhölzer sind, sollten der Hohe Buchener Wald sofort geschützt werden und auch im ganzen Steigerwaldgebiet keine 120-jährige Buche (oder älter) mehr gefällt werden dürfen.

Zusammenfassung der Antworten:

Kalb tritt für ein Welterbe Steigerwald ein, in dem die Natur eine entscheidende Rolle spielen soll. *„Mit der Bewerbung für ein Europäisches Kulturerbesiegel gehen wir den ersten großen Schritt.“*

Schwarz sieht in einem Nationalpark oder einem Weltnaturerbe große Chancen und spricht sich für eine Machbarkeitsstudie aus. Für ihn macht ein Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald“ besonders im Hinblick auf einen Nationalpark oder ein Weltnaturerbe Sinn.

Fricke betont, dass die Grünen von Anfang an einen Nationalpark aktiv unterstützen. Er sieht die Politik in der Pflicht ein Konzept für einen Nationalpark oder ein Weltnaturerbe zusammen mit der Bevölkerung zu erarbeiten. *„Das Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald“ ist für den Erhalt der Artenvielfalt ein Muß!“*

Nach Ansicht von **Kellner** sollte sich die Bevölkerung mehrheitlich einigen, damit das Umweltministerium einen Nationalpark auf den Weg bringen kann.

Sieling befürwortet den Nationalpark und sieht Chancen für die Entwicklung. Er möchte, dass die Anwohner Einfluss auf die Nationalparkverordnung nehmen können. *„Auf dem Weg zum Nationalpark sind auch Zwischenschritte, wie ein Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald“ sinnvoll.“*

Strube ist ebenfalls ein Befürworter des Nationalparks Steigerwald. Als erster Schritt möchte er für ein Weltnaturerbe werben. *„Der Hohe Buchener Wald sollte sofort geschützt werden und auch im ganzen Steigerwaldgebiet dürfen keine 120-jährige Buche (oder älter) mehr gefällt werden.“*

Zusammengefasst ist für **Kalb** ein Nationalpark und ein Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald“ kein Thema. **Schwarz** sieht in einem Nationalpark große Chancen. **Fricke**, **Sieling** und **Strube** treten für einen Nationalpark und ein Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald“ ein.

2. Klimaschutz und Energiewende

Die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen steigt ständig und wird immer offenkundiger. Auch wenn der Landkreis schon einiges auf den Weg gebracht hat, bleibt noch sehr viel zu tun.

Unsere Fragen:

Wie wollen Sie das Ziel, bis 2035 den Energiebedarf der Region zu 100% aus erneuerbaren Energien zu decken, erreichen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Kommunen in den Bebauungsplänen verpflichtend die Nutzung von Solaranlagen (Wärme und/oder Strom) vorschreiben?

Die 10H-Regelung hat den Windkraftausbau in Bayern abgewürgt. Gemeinden haben allerdings die Möglichkeit, über die Bauleitplanung die 10H-Regelung zu umgehen und somit den Bau von Windkraftanlagen in den Vorranggebieten zu ermöglichen. Werden Sie für diesen Weg bei den Gemeinden werben und diese dabei unterstützen?

Vollständige Antworten:

Kalb: Das Ziel, bis zum Jahr 2035 energieautark zu werden, haben Stadt und Landkreis Bamberg bereits in der 2008 gegründeten Klimaallianz formuliert. Wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Die Regionalwerke setzen ihr Ziel, die erneuerbaren Energien und die dezentrale

Energiegewinnung zu fördern, konsequent um. Wir werden alle öffentliche Gebäude energetisch sanieren und gehen so mit gutem Beispiel voran.

Im Landkreis wird inzwischen 80 Prozent des Strombedarfes über mehr als 6000 Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien gedeckt. Sehr dankbar bin ich deshalb dafür, dass nun auch in die Windkraft wieder Bewegung kommt und zu den bestehenden 35 Windrädern voraussichtlich bald ein weiteres Windrad hinzukommt. Dies unterstütze ich als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes ausdrücklich.

Im privaten Sektor werden die Förderung des Rückbaus von Heizungen mit fossilen Brennstoffen und die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Sanierung von Einfamilienwohnhäusern der Energiewende weiteren Schub verleihen. Wir werden nicht müde, bei den Beratungstagen in den Kommunen für jede Form klimaschützender Maßnahmen zu werben. Im Übrigen stelle ich bei vielen Begegnungen immer wieder fest, dass wir eine sehr mündige, fortschrittliche Bürgerschaft haben, die mit großem Engagement die Energiewende unterstützt.

Schwarz: Die Menschen in unserem Landkreis vertreten unterschiedliche Meinungen zum Thema Windkraft und Solar, abhängig auch von Region und Kommune. Wind- und Solarkraft sind zwei Bausteine für die Energiewende vor Ort. Als Landrat muss man diese Meinungen bündeln und zusammenführen. Damit sie auch gelingt, brauchen wir einen Neustart der Regionalwerke mit einer vernünftigen Personalausstattung. Ich will bestehendes Recht nicht durch Tricks umgehen, sondern Lösungen mit den Menschen und Gemeinden finden, sie besser in die Prozesse einbinden und an den Projekten beteiligen. Dafür benötige ich einen Vertrauensvorschuss und dafür werbe ich.

Fricke: Wir müssen die Arbeit für die Energiewende im Landratsamt professionalisieren. Wir brauchen Klimamanager, die die Gemeinden intensiv unterstützen.

Wir brauchen einen deutlichen Ausbau der Wind und Solarenergie in unserer Region! Wir brauchen die Wärmewende (Energieeinsparung im Gebäudebereich, Nahwärmenetze).

Wir brauchen die Mobilitätswende: deutliche Verbesserung der Linienführungen und Taktzeiten für den ÖPNV, das 365, Euro Jahresticket. Förderung von Carsharing, Bürgermobilen, Ruftaxis usw. Ausbau des Radverkehrs.

Der Landkreis kann Bebauungspläne entwickeln, die den Klimawandel berücksichtigen (verdichtete Bebauung, Durchgrünung, regenerative Energien und Nahwärmenetze), die die Gemeinden als Mustervorlage verwenden können.

Gemeinden die den Ausbau der Windkraft über eine Bauleitplanung angehen wollen, werde ich unterstützen. Oberstes Ziel muss aber die Abschaffung der 10h Regelung bleiben. Es gibt genügend Vorranggebiete im Landkreis aus der Regionalplanung, auf die dann zurückgegriffen werden könnte.

Kellner: Holz/Biomasse in Mengen vorhanden – müsste dringend im Sinne auch der Waldbauern für Wärmeenergie genutzt werden – Übrigens hierzu Initiative von uns Erhöhung der Kapazitäten für Bioheizwerk Schesslitz in Höhe von 425.000 € bereits auf dem Weg – ansonsten Wasserkraft (Markt Rattelsdorf z. B jetzt schon ca. 14 v. H. des Strombedarfes durch Wasserkraft) Luftwärmepumpen bei unseren neuen Kindergärten erfolgreich im Einsatz; Blockheizkraftwerke verstärkt nutzen; unbedingt Wasser in der Fläche zurückhalten/Versickerung vor Ort; Förderung von Photovoltaik aber auch Solarthermie auf den Dächern unbedingt voranbringen (habe damit gute Erfahrungen gemacht – bisher kaum ein Thema; Solarspeicherung z. B. im Haus, um nachts E-Auto zu betanken – längst technisch möglich –(nutzt niemand) an erster Stelle steht immer der Konsumverzicht-/einschränkung...Bau von Windkraftanlagen nur mit der Bevölkerung – dann auch umsetzbar trotz 10 h-Regelung.

Sieling: Wir brauchen dringend eine Änderung in den Bebauungsplänen, die eine Nutzung von Solarthermie, Photovoltaik und Regenwasserzisternen vorschreiben. Das ist Stand der Technik, ich nutze diese Möglichkeiten selbst seit 13 Jahren. Land und Kommunen sollten gemeinsam überlegen, ob es dafür weitere Förderungen geben sollte.

Im Landkreis Bamberg beschränkt sich die sinnvolle Nutzung der Windkraft auf die Höhenzüge im Osten und Westen. Diese Standorte sind, vor allem auf dem Jura, weitgehend gefüllt. Bestehende Lücken sollten noch genutzt werden, am besten unter Beteiligung der Bürger. Neue Anlagen haben heute ganz andere Abschaltmöglichkeiten, z. B. für Sturm, Eis, Fledermäuse, Schlagschatten usw.

Der nächste große Schritt muss aus meiner Sicht durch Photovoltaik auf Haus- und Hallendächern und durch Energieeinsparung kommen.

Strube: Für die Deckung des Strombedarfes aus regenerativen Energien werde ich aktiv dafür werben, dass weitere Standorte für Solaranlagen geprüft werden. Auch die Werbung auf privaten Neubauten Solaranlagen zu errichten halte ich für sinnvoll, dies jedoch zwingend vorzuschreiben halte ich wegen der Schaffung von Wohnraum im Umland von Bamberg wegen des Zuzugs von Bürgern für schwierig (Erhöhung der Bau- oder Mietkosten). Auf öffentlichen Gebäuden sollten Solaranlagen verpflichtend werden. Ich werde aktiv für Windkraft werben,

werde allerdings auch die Autonomie der einzelnen Gemeinden und Ihrer Bürger akzeptieren. Sollten sich Gemeinden für eine Windanlage unter Umgehung der 10H Regelung entschließen, werde ich dieses unterstützen.

Weiterhin möchte ich die Forschung zur Nutzung von Klärschlamm zur Energiegewinnung unterstützen. Technologieoffenheit für weitere Lösungen zur Sicherung des regenerativen Energiebedarfs ist mir wichtig. Wir müssen nach weiteren Lösungen suchen.

Zusammenfassung der Antworten:

Kalb sieht den Landkreis beim Erreichen der Klimaziele auf einem „*sehr guten Weg*“. Explizit nennt er das Engagement der Regionalwerke, die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, Beratungstage und den hohen Anteil von erneuerbarer Stromerzeugung.

Er ist dankbar, dass voraussichtlich ein weiteres Windrad im Landkreis gebaut werden wird und unterstützt dies.

Schwarz sieht beim Thema Ausbau von Wind- und Solarkraft unterschiedliche Meinungen und möchte vermitteln. Er plädiert für einen Neustart der Regionalwerke auch mit einer besseren Personalausstattung. Lösungen möchte er mit den Gemeinden und Menschen finden.

Fricke möchte die Arbeit für die Energiewende im Landratsamt professionalisieren. Er tritt für einen „*deutlichen Ausbau der Wind und Solarenergie*“, eine Wärmewende (Energieeinsparung im Gebäudebereich, Nahwärmenetze) und Verkehrswende (u.a. Ausbau ÖPNV, Radverkehr) ein.

Mit Mustervorlagen möchte er die Gemeinden unterstützen in den Bebauungsplänen den Klimawandel zu berücksichtigen (verdichtete Bebauung, Durchgrünung, regenerative Energien und Nahwärmenetze).

Gemeinden möchte er beim Ausbau der Windkraft über die Bauleitplanung unterstützen.

„*Oberstes Ziel muss aber die Abschaffung der 10h Regelung bleiben.*“

Nach Ansicht von **Kellner** muss „*an erster Stelle immer Konsumverzicht/-einschränkungen stehen*“. Als Beispiele für Handlungsfelder nennt er die verstärkte Nutzung von Holz/Biomasse, Wasserkraft, Luftwärmepumpen, Blockheizkraftwerke und Photovoltaik/Solarthermie. Den Bau von Windkraftanlagen kann er sich mit der Bevölkerung auch trotz 10 H vorstellen.

Nach **Sieling** muss der nächste große Schritt in Sachen Energiewende durch Photovoltaik auf Haus- und Hallendächern und durch Energieeinsparung kommen.

„Wir brauchen dringend eine Änderung in den Bebauungsplänen, die eine Nutzung von Solarthermie, Photovoltaik und Regenwasserzisternen vorschreiben.“

Den Windkraftausbau betreffend hat Sieling das Ziel, bestehende Lücken am besten mit Beteiligung der Bürger zu nutzen.

Strube möchte für die verstärkte Nutzung von Solaranlagen und der Windkraft (unter Akzeptanz der Autonomie der Gemeinden) werben. Wichtig ist ihm die Technologieoffenheit.

Bewertung: Die derzeitigen Maßnahmen in Sachen Klimaschutz reichen bei weitem für keines der Klimaschutzziele aus. Ein Problem bei die Energiewende auch im Landkreis ist die katastrophale Klimaschutzgesetzgebung der Bundesregierung, die in vielen Bereichen den Rahmen setzt.

Kalb hebt häufig den hohen Anteil von 80% von erneuerbar erzeugtem Strom hervor. Dies ist jedoch für einen ländlichen Bereich eher durchschnittlich (Klimaallianz insgesamt bei 50%). Der Bereich Wärme und besonders der Bereich Verkehr werden häufig außen vor gelassen. Eine Verkehrswende wird nur von **Fricke** gefordert.

Mit bereits konkreten Vorstellungen wollen **Fricke** und **Sieling** die Gemeinden bei der Einbeziehung des Klimaschutzes in die Bebauungsplanung unterstützen. Die anderen Kandidaten äußern sich dazu nicht.

Dem Ausbau der Windkraft über die gemeindliche Bauleitplanung stehen die Bewerber mehr oder weniger offen gegenüber.

3. Flächenverbrauch

Nach wie vor ist der Flächenverbrauch ungezügelt. Wir müssen anders mit dem begrenzten Gut Fläche/Boden umgehen. Wir müssen auch natürliche Grenzen akzeptieren. Straßenneubauten sollten die absolute Ausnahme sein. In Einfamilienhaus-Siedlungen mit einzeln stehenden Häusern mit großem Flächenverbrauch sehen wir nicht die Zukunft. Auch gibt es immer noch Beispiele von überdimensionierten Gewerbegebietsausweisungen.

Unsere Fragen:

Wie sehen Ihre Grundsätze/Konzepte zur Eindämmung des Flächenverbrauchs aus?

Können Sie sich eine Kooperation einzelner Gemeinden zur Entwicklung gemeinsamer Gewerbeflächen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme vorstellen?

Vollständige Antworten:

Kalb: Unser Landkreis ist geprägt von wirtschaftlichem Wachstum und steigenden Einwohnerzahlen. In einer solch prosperierenden Region ist die Eindämmung des

Flächenverbrauches eine besondere Herausforderung. Wir wollen Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung auch künftig flächenschonend erreichen. Zum Wohle von Mensch und Natur. Ich bin für jede Initiative dankbar. Die gemeinsame Ausweisung von Gewerbeflächen ist deshalb natürlich ein naheliegender und konsequenter Lösungsansatz.

Schwarz: Im Städtebau sowie bei der Ansiedlung von Gewerbe muss künftig das Prinzip "Innen- vor Außenentwicklung" wieder verstärkt berücksichtigt werden. Der Vorschlag gemeinsamer Gewerbeflächen ist interessant, wenn auch in der Umsetzung schwierig. Dennoch glaube ich, dass ein gemeinsamer Wirtschaftsreferent der Landkreiskommunen und der Stadt Bamberg ein solches Projekt forcieren könnte. Man muss in den 36 Kommunen dafür werben, Gewerbe gemeinsam zu entwickeln. Die Organisation kann unter der Federführung des gemeinsamen Wirtschaftsreferenten ablaufen. Die Städte Ulm und Neu-Ulm beweisen, dass solche Kooperationen von Kommunen, die sogar in unterschiedlichen Bundesländern liegen, funktionieren. Selbst bei der Gewerbesteuer sind Ausgleichs zwischen den Kommunen möglich.

Aber auch die Kernorte haben viel Potential. Wenn die Stelle des Kreisbaumeisters wiederbesetzt ist, kann hier von Seiten des Landratsamtes auch entsprechende Beratungsleistung für die Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

In meiner früheren Gemeinde Strullendorf haben wir zusammen mit den Bürgern und der Uni Bamberg einen Prozess der Revitalisierung der Kernorte eingeleitet. Das ist sicher sehr zeitaufwendig, aber wenn man sich um die Thematik kümmert, wird sich auch Erfolg einstellen.

Fricke: Hubert Weinzierl, der ehemalige Vorsitzende des BN hat gesagt, dass wir der Natur Flächen zurückgeben müssen, sie schafft es sonst nicht mehr. Deshalb sollten in den Ortschaften des Landkreises Innen- und Nachverdichtung innerhalb des Siedlungsgebietes absoluten Vorrang haben. Hierfür gibt es z.B. das Instrument der Städtebauförderung. Grundsätzlich ist eine verdichtete Bebauung immer zu begrüßen, auch in die Höhe.

Über Gewerbesteuerzweckverbände haben die Gemeinden faire Instrumente um Gewerbeflächen gemeinsam zu entwickeln und den hohen Landverbrauch zu reduzieren evtl. Sogar umzukehren.

Kellner: Wir planen gerade Radwege mit erheblichem Flächenverbrauch – wie sollten wir uns verhalten? Ist ein Bebauungsgebiet mit der gesamten Fläche oder nur die bebaute Fläche aus Ihrer Sicht relevant? Sollte der Ausbau der Bahninfrastruktur nicht erfolgen? Sind Sonderbauten wie Altenheime, Krankenhäuser, Schulen, Kinderkrippen künftig deshalb schwierig umzusetzen? Sind FFH, SAP, Wasserschutzgebiete, VNP, Ausgleichsflächen-

regelung, Anpassung des LEP, WRRL etc. nicht zu berücksichtigen? Sollten Gewerbegebiete unter Novellierung des BImSchG erfolgen (z. B. nähere Abstände zu Emittenten? Diese Gegenfragen beinhalten auch Antworten meinerseits im Umkehrschluss.

Sieling: Hier müssen wir grundsätzlich über unsere Art des Wirtschaftens nachdenken und endlich die wirtschaftliche Tätigkeit von immer weiter steigendem Flächenverbrauch abkoppeln. Gewerbegebiete können gemeinschaftlich betrieben werden. Im Raum Altendorf gibt es dazu erste Ansätze. Der Landkreis könnte hier auch eine Vermittlerfunktion übernehmen. Weitergehende Konzepte sehen vor, dass die Gewerbesteuer an den Landkreis gezahlt wird und die Gemeinden ohne (neue) Gewerbegebiete über die Kreisumlage einen Ausgleich erhalten. Das „Anbindegebot“ im Landesentwicklungsprogramm muss erhalten bleiben. Einstöckige Gebäude sollten nur in Ausnahmefällen genehmigt werden.

Durch die Erstellung von Gemeinwohlbilanzen soll deutlich werden, dass nicht nur ökonomische Ziele im Vordergrund stehen dürfen.

Neue Gewerbegebiete ziehen häufig neue Wohngebiete nach sich. Auch hier stellt sich die Frage, ob es wirklich gut ist, dass Gemeinden immer weiter wachsen. Dies geschieht in größeren Gemeinden häufig zu Lasten kleinerer Ortsteile.

Strube: Wir haben in Oberfranken im Verhältnis zu den dort lebenden Bürgern zu viel Flächenverbrauch. Deshalb müssen wir vorhandene Gewerbeflächen besser nutzen. Hier kann ich als Landrat mit den Einrichtungen des Landkreises gemeindeübergreifend moderierend tätig werden und Unternehmen bei der Ansiedlung unterstützen. Es ist auch zu prüfen, ob bei einem Umzug eines Gewerbeunternehmens „einfach über die Straße“ nicht eine Renaturierung des Grundes erfolgen sollte, wenn kein Nachmieter für das Gewerbegebäude vorhanden ist. Beim Ausbau der Radwege Infrastruktur ist zu prüfen, wie die vorhandenen Straßen und Wege gut miteinander vernetzt werden können, ohne neue große Radwege an Staatsstraßen zu schaffen, die hohen Flächenverbrauch nach sich ziehen und zur Abschaffung von Gräben (Brutstätten von Insekten) führen.

Zusammenfassung der Antworten:

Kalb: „*Wir wollen Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung auch künftig flächenschonend erreichen.*“

Nach **Schwarz** muss bei der Bebauung *das Prinzip "Innen- vor Außenentwicklung" wieder verstärkt berücksichtigt werden.*“ Er möchte die Stelle des Kreisbaumeisters wieder besetzen um Beratungsleistung für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Auch **Fricke** plädiert für einen Vorrang von Innen- und Nachverdichtung, auch durch höheres Bauen.

Kellner will deutlich machen, dass Flächenschutz mit vielen anderen, durchaus wünschenswerten Maßnahmen (Radwegebau, Bau von Altenheimen etc.), im Interessenkonflikt steht.

Sieling fordert grundsätzlich über unser Wirtschaften nachzudenken, „*die wirtschaftliche Tätigkeit vom immer weiter steigendem Flächenverbrauch abzukoppeln*“ und das „Anbindegebot“ im Landesentwicklungsprogramm zu erhalten,

Strube tritt dafür ein vorhandene Gewerbeflächen besser zu nutzen. Beim Radwegeausbau möchte er prüfen wie bereits vorhandene Straßen und Wege gut miteinander vernetzt werden können.

Kalb, Schwarz, Fricke, Sieling, bedingt **Strube** können sich eine Kooperation einzelner Gemeinden zur Entwicklung gemeinsamer Gewerbeflächen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme vorstellen. **Schwarz** schlägt einen gemeinsamen Wirtschaftsreferenten von Stadt und den 36 Kommunen vor.

4. Artenvielfalt

Der Rückgang der Artenvielfalt, auch im Landkreis Bamberg, ist enorm und nach wie vor ungebremst. Durch das Volksbegehren Artenvielfalt hat das Thema an Aufmerksamkeit gewonnen und auch eine neue gesetzliche Grundlage bekommen. Leider verwässert die Staatsregierung durch Ausführungsbestimmungen immer stärker.

Unsere Fragen:

Was wollen Sie in Angriff nehmen, um das neue Gesetz mit Leben zu erfüllen (Stichpunkte sind z.B. Förderung der biologischen Landwirtschaft, Gewässerrandstreifen, Pflege von Straßen- und Weg-Begleitgrün als Magergrünland)?

Welche Konzepte haben Sie, um die Artenvielfalt zu fördern?

Vollständige Antworten:

Kalb: Artenschutz und Landschaftspflege haben für den Landkreis Bamberg schon immer eine essentielle Rolle gespielt. Deshalb beschäftigt der Landkreis Bamberg als einer von wenigen Kommunen und als freiwillige Aufgabe gleich drei Kreisfachberater. Diese beraten den Landkreis, Vereine und Bürger mit dem Ziel, die Artenvielfalt zu erhalten und die Natur zu

schützen. Wir unterhalten eine eigene Streuobstwiese, haben eine eigene Obstsortenanlage mit mehr als 300 alten Apfel- und Birnensorten und betreiben zum Beispiel mit dem Apfelmarkt wichtige Bewusstseinsbildung.

An Kreisstraßen mähen wir bereits seit Jahren Seitenstreifen so, dass sich Tiere und Pflanzen artgerecht entwickeln können. Über das Leader-Programm werden 40.000 Samentütchen für Blühpflanzen verteilt und Landwirte beim Anlegen von Blühstreifen unterstützt. Auch mit Umweltschulen, Vorträgen, Seminare und Exkursionen sensibilisieren wir unsere Bürger für den Artenschutz.

Schwarz: Zunächst sehe ich unsere Kommunen und allen voran unseren Landkreis als künftiges Vorbild in Sachen Biodiversität und Artenschutz. Unter anderem das Verbot von Pestiziden auf kommunalen und öffentlichen Flächen (auch verpachteter Grund) ist hier eine Grundvoraussetzung, ebenso wie der Schutz und Ausbau von Biotopen und Blühflächen. Sicher kann hier der Landkreis auch eigene Flächen einbringen. Als Bürgermeister von Strullendorf konnte ich viele solcher Projekte gemeinsam und im Einklang mit Landwirten, Grundstückseigentümern und dem Amt für ländliche Entwicklung umsetzen. Wir haben anbaufreie Streifen an Gewässern geschaffen und viele Flächen in der Natur entsiegelt. Wichtig ist auch hier die Menschen in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Erfolg hatte ich wegen meiner Prämisse, niemals Eigentum gegen Natur auszuspielen. Ich will beim Thema weiter sensibilisieren, u.a. durch den Ausbau von Beratung im Landratsamt.

Das erstarkte ökologische Bewusstsein in der Bevölkerung will ich nutzen, zum Beispiel für die Unterstützung der Biolandwirtschaft. Auch Bürgerprojekte kann ich mir hier sehr gut vorstellen. Hierfür gibt es auch Fördermöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene.

Fricke: Die Realschulen des Landkreises und die Küche der Krankenhausgesellschaft sollen überwiegend auf regionale Bioprodukte zurückgreifen. Das Strassenbegleitgrün und die Grünflächen des Landkreises sollen nicht mehr gemulcht werden. Zusammen mit den Gemeinden sind regionale Konzepte zu entwickeln, die die Artenvielfalt fördern (Trittsteine, Biotopverbünde), Motto: „Landkreis Bamberg fördert die Artenvielfalt!“. Dafür ist der Bestand an Fachpersonal bei der Unteren Naturschutzbehörde deutlich zu erhöhen, damit die fachliche Unterstützung der Gemeinden gewährleistet ist. Die Gemeinden sind hinsichtlich der Lichtverschmutzung zu beraten. Begleitet werden sollen die Maßnahmen von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen mit der örtlichen Landwirtschaft.

Kellner: Stichwort Landwirtschaft stützen – Umwelt schützen kann ein Erfolgsrezept sein – Begleitgrünförderung hört sich zwar gut an, ist aber ökologisch (fast) wirkungslos – an

Waldumbau/Aufforstung in großem Stil mit Aufstockung der Forstämter ist dringend zu arbeiten...Aktuell wurde kleiner Hainbuchenwald von Bibern zerstört – was ist zu tun...? Flugverkehr einschränken? In Einflugschneisen erhebliche nachweisliche Schäden...Kunstdünger weglassen (aus Erdöl produziert) oder organischer Dünger...?

Im Übrigen: Viele unserer guten Ansätze z.B. bei der Wasserversorgung/Wasser/Abwasserwirtschaft sind nicht europarechtskonform – wünsche mir mehr Spielräume vor Ort im Sinne der Ökologie...

Sieling: Durch das Volksbegehren wurde neben dem eigentlichen Gesetz auch ein wichtiger Diskussionsprozess in Gang gebracht: Wie wollen wir zukünftig leben?

Aus meiner Sicht braucht es nun auf regionaler Ebene in den Landkreisen und Gemeinden neu zu bildende Arbeitskreise, die die Umsetzung des Gesetzes begleiten. Hier können Kommunalpolitiker, Fachleute aus den Verwaltungen und Bauhöfen, Landwirte, Förster, Imker, Fischer und Fachleute aus den Naturschutzverbänden zusammenarbeiten, konkrete Maßnahmen benennen und die Einhaltung überwachen.

Der Landkreis und seine Gemeinden sollten in ihren Einrichtungen (Schulen, Kliniken, Heime) Produkte aus regionaler ökologischer Landwirtschaft verwenden, um auch die Nachfrage anzuregen und so den Umstieg der Bauern zu erleichtern.

Das neue Naturschutzgesetz beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt. Diese gilt es jetzt umzusetzen. Landwirte müssen für ihren Beitrag zum Gemeinwohl (Gewässerrandstreifen, Biotoperhaltung, Tierschutz, Verzicht auf Pestizide) stärker honoriert werden. Tierbestände sollten an die Fläche gebunden sein, um das Gülleproblem in den Griff zu bekommen. Beleuchtungskonzepte müssen im Hinblick auf die Lichtverschmutzung überprüft werden. Die Flächenversiegelung auf privaten Grundstücken sollte prozentual begrenzt werden, Dachbegrünung und wasserdurchlässige Beläge könnte man fördern.

Strube: Ich halte die Ausweitung der biologischen Landwirtschaft für sinnvoll. Regionale Produkte, die die Bürger direkt vor Ort in ihrem Markt einkaufen können sind ein wichtiger Schritt. Als Landrat werde ich in Gesprächen mit Bauern dafür werben, dass sich Betriebe auf biologische Landwirtschaft umstellen.

Zusammenfassung der Antworten:

Kalb: „Artenschutz und Landschaftspflege haben für den Landkreis Bamberg schon immer eine essentielle Rolle gespielt“: z.B. beschäftigt der Landkreis gleich drei Kreisfachberater, unterhält

der Landkreis eine eigene Streuobstwiese, hat eine eigene Obstsortenanlage, mäht naturschonend die Ränder der Kreisstraße, verteilt Samentütchen und sensibilisiert durch Öffentlichkeitsarbeit.

Schwarz sieht die Kommunen und den Landkreis als künftiges Vorbild in Sachen Biodiversität und Artenschutz. Er möchte Pestizide auf kommunalen und öffentlichen Flächen (auch verpachteter Grund) verbieten, Biotopflächen ausbauen, Projekte im Einklang mit Landwirten, Grundstückseigentümern und dem Amt für ländliche Entwicklung umsetzen sowie die Biolandwirtschaft unterstützen.

Fricke hat folgende Ziele: in Kantinen (Realschulen, Krankenhausgesellschaft) überwiegend auf regionale Bioprodukte zurückzugreifen, Strassenbegleitgrün nicht mehr zu mulchen, mit den Gemeinden regionale Konzepte zur Artenvielfalt zu entwickeln, Fachpersonal an der Unteren Naturschutzbehörde zu erhöhen, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit der Landwirtschaft.

Kellner: „*Landwirtschaft stützen – Umwelt schützen kann ein Erfolgsrezept sein.*“

Möchte an Waldumbau/Aufforstung in großem Stil arbeiten.

Sieling war einer der Sprecher für das Volksbegehren in Bamberg. Aus seiner Sicht braucht es auf regionaler Ebene Arbeitskreise zur Umsetzung des neuen Gesetzes zur Artenvielfalt.

Auch Sieling möchte, dass in Einrichtungen des Landkreises und der Gemeinden Produkte aus regionaler ökologischer Landwirtschaft verwendet werden.

Er plädiert dafür, dass Landwirte für ihren Beitrag zum Gemeinwohl (Gewässerrandstreifen, Biotoperhaltung, Tierschutz, Verzicht auf Pestizide) stärker honoriert werden. Tierbestände sollten an die Fläche gebunden sein.

Strube hält die Ausweitung der biologischen Landwirtschaft und regionale Produkte für sinnvoll.